



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BERLINER KLIMASCHUTZRAT: "VERBRAUCHERSCHUTZ UND PRAXISSICHT UNTERREPRÄSENTIERT"

10.09.2007 Fachinformation

Wohnungswirtschaft von Ausschluss befremdet Heute stellt Umweltsenatorin Karin Lompscher ihren neuen Klimaschutzrat der Öffentlichkeit vor. Die Wohnungswirtschaft ist hier nicht vertreten. Dies hat der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mit Befremden zur Kenntnis genommen. "Die Wohnungswirtschaft hat sich beim Klima- und Verbraucherschutz profiliert. Sie hat für ihre Mieter Milliarden investiert, um den Energiebedarf der Bestände zu senken. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrungen und Datenbestände in Sachen energetischer Sanierung. Wie kann es also sein, dass ausgerechnet sie im Klimaschutzrat fehlt?" Die Einrichtung eines Klimaschutzrates sei prinzipiell sinnvoll und zu begrüßen, so Burkardt. "In der jetzigen Konstellation kommen Verbraucherschutz und Praxissicht aber viel zu kurz." Mit GASAG und Vattenfall seien gleich zwei große Energieunternehmen vertreten: "Denen geht es vor allem um Umsätze, nicht um Verbraucherschutz. Hier muss befürchtet werden, dass bei Beratungen des Klimaschutzrates Verbraucherinteressen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Folge sind weiter steigende Preise." Die Wohnungsunternehmen seien hingegen mit kostengünstigen Klimaschutzmaßnahmen vertraut. Hinzu komme, dass durch den Ausschluss der Wohnungswirtschaft eine wesentliche Praxisstimme fehle. "Die Wohnungswirtschaft hätte dem Klimaschutzrat wirklich belastbare Energiebedarfsdaten im Wohnungsbereich zur Verfügung stellen können. Jedes Jahr wertet der BBU zusammen mit Partnern die Daten von 20.000 Wohngebäuden in der Hauptstadtregion aus. Das sind jedes Jahr Daten von 600.000 Wohnungen. Wir verfügen daher über verlässliches Material zum Energiebedarf im Wohnungsbereich." Burkardt: "Ich kann mir nicht erklären, wieso die Umweltsenatorin auf dieses Wissen verzichten will. Hier kommt der Verdacht auf, dass es sich eher um Aktionismus handelt. Es bleibt nur zu hoffen, dass am Ende nicht der Verbraucher wieder mal die Zeche für realitätsferne Vorgaben der Politik zahlt." Seit 1991 haben die Berliner Mitgliedsunternehmen des BBU gut 19 Milliarden Euro in Instandsetzung, Instandhaltung und Modernisierung ihrer Bestände investiert. Mittlerweile sind hier 85 Prozent ganz oder teilweise modernisiert. Der Heizenergiebedarf je Quadratmeter konnte so im Bestand um 20 Prozent reduziert werden. Die CO₂-Emissionen gingen um über 25 Prozent zurück. Die sektorbezogenen Ziele des Kyoto-Protokolls wurden von der Wohnungswirtschaft deutlich übererfüllt. Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und – genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/berliner-klimaschutzrat-verbraucherschutz-und-praxissicht-unterrepraesentiert>